

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 14 (1973)
Heft: 17

Artikel: Japan sucht nach einer politischen Alternative
Autor: Fahrländer, Ruth
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095114>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Japan sucht nach einer politischen Alternative

Von Ruth Fahrländer

Am 18. Juni dieses Jahres fand in der zweitgrössten Stadt Japans, Osaka, eine Nachwahl ins Parlament statt, die einen Sieg der Kommunistischen Partei Japans (KPJ) brachte. Der Ausgang dieser Nachwahl ist von Interesse, weil er typisch ist für die heutige politische Lage in Japan. Die KPJ konnte nämlich ihre Stimmen in Osaka seit den Wahlen im letzten Jahr fast verdoppeln. Ohne bis jetzt in Europa bemerkt zu werden, bahnen sich im Inselreich entscheidende politische Änderungen an. Da Japan in Zukunft zweifellos zu einer Weltmacht aufsteigen wird, ist die innenpolitische Entwicklung dieses Landes auch für Europa äusserst interessant.

Die Wahlen 1972

Am 12. Dezember 1972 fanden in Japan Wahlen ins Unterhaus (Schugi-in) statt. Die seit Ende des Zweiten Weltkrieges regierende Liberal-Demokratische Partei (LDP) konnte zwar ihre Mehrheit im Unterhaus behalten, erlitt aber trotzdem empfindliche Stimmeneinbussen zugunsten der Linksparteien (Kommunisten und Sozialisten).

	1972	1969	1967	1963
Liberal-Demokratische Partei	271	288	277	283
Sozialisten	118	90	140	144
Komei-To	29	47	25	—
Partei der Sozialdemokraten	19	31	30	23
Kommunisten	38	14	5	5
Unabhängige	16	16	9	12

(Quelle: Archiv der Gegenwart, 8.—16. Dezember 1972, Folge 50/1972)

Der Stimmenanteil der LDP ging also von 47,6 Prozent 1969 auf 46,8 Prozent 1972 (0,8 Prozent) zurück, derjenige der drei «Mitte-Parteien» von 40,1 auf 37,4 Prozent. Der Stimmenanteil der Kommunisten dagegen stieg in der gleichen Zeit von 6,8 auf 10,4 Prozent.

Experten sind der Ansicht, dass der Hauptgrund für die Gewinne der Kommunisten und Sozialisten in der Sorge vieler Japaner liege, die sozialen Probleme im Inland seien bisher zugunsten eines stark exportorientierten Wirtschaftsaufschwunges vernachlässigt worden.

Das Ziel der LDP, eine Parlamentsvertretung der Kommunisten im Abgeordnetenhaus von mehr als 20 Sitzen zu verhindern, die die Teilnahme der KP an den Leitungsorganen des Parlamentes ermöglicht, konnte also nicht erreicht werden.

Die LDP tritt für die Zusammenarbeit mit West und Ost, für eine freie Wirtschaft und für die nationale Verteidigung ein. Im Gegensatz zu den anderen Parteien befürwortet sie das Militärbündnis mit den USA. Zwei der drei «Mitte-Parteien», Sozialistische Partei und Komei-To (Partei der gerechten Regierung), fordern zwar wie

die Kommunisten die Auflösung des Militärbündnisses, sind aber beide mehr oder weniger antikommunistisch, weshalb sie bis anhin nicht auf eine Einheitsfront mit den Kommunisten gegen die Regierung eingetreten sind. Die Kommunisten sind also praktisch die einzige Alternative in der Politik Japans. Das Volk scheint nun aber je länger je mehr nach einer Alternative zu suchen; denn die nunmehr 27jährige Regierungszeit der LDP brachte Japan zwar den materiellen Wohlstand, aber auch Inflation, Wohnungsnot, Umweltverschmutzung und was der sozialen Missstände mehr sind. Dazu kommt, dass die Japaner mit zunehmender wirtschaftlicher Prosperität und in der Folge mit zunehmendem Selbstbewusstsein beginnen, sich gegen die militärische Abhängigkeit von den USA zu wehren.

Die Kommunistische Partei Japans

Zum 50. Jahrestag ihres Bestehens 1972 gab die KPJ ihre Mitgliederzahl mit 300 000 an. Diese Zahl entspricht aber keineswegs ihrer tatsächlichen Stärke; denn bei den letzten Wahlen errang sie ja einen Stimmenanteil von 10,4 Prozent im ganzen Land (bei einer Einwohnerzahl von 105 Millionen) und 20 Prozent in den drei grössten Städten Tokio, Osaka und Kioto. Zum erstenmal konnte sie aber auch in ländlichen Wahlkreisen Erfolge verbuchen. Mit diesem Wahler-

Resolution der KPJ zum Wahlerfolg, 21. 12. 1972:

«Obwohl diese Erfolge eine neue Etappe in der parlamentarischen Tätigkeit einleiten, sind die Ergebnisse unserer Partei bei den jüngsten allgemeinen Wahlen von dem Ziel einer wahren Umgestaltung des politischen Lebens des Staates noch weit entfernt. Unsere gesamte Partei darf sich hinsichtlich der erzielten Erfolge nicht irgendwelchen Illusionen hingeben und mit den erlangenen kleinen Siegen zufriedengeben. Sie muss den Hoffnungen, die das Volk während der Wahlkampagne in sie gesetzt hat, gerecht werden und alle ihre Kräfte anspannen, um die Politik und die Verpflichtungen, die die Partei im Zuge der allgemeinen Wahlen übernommen hat, zu realisieren.»

ergebnis gewann sie 38 Mandate, wurde zur drittstärksten Fraktion im Abgeordnetenhaus und kann nun die Politik Japans mitbeeinflussen.

Die KPJ ist eine gut organisierte Partei mit Präsidium, Zentralkomitee, Sekretariat und speziellen Büros und zeichnet sich durch eine bemerkenswerte Kontinuität in der Führung aus. Notsaka Sanzo, 79 Jahre alt, Führer seit 1955 und Mitglied im Abgeordnetenhaus seit 1959, überstand dank seiner Anpassungsfähigkeit mehrere Wechsel in der Parteidoktrin. Er wird heute von Nicht-Partei-Politikern mehr respektiert als von seinen eigenen Leuten. Miyamoto Kenji, eines

der ersten KP-Mitglieder, ist heute Generalsekretär der Partei und gilt als Architekt der jetzigen autonomen unabhängigen Linie und als wahrer Führer der Partei. Seine Kontrolle über die KP wird vor allem verstärkt durch die Unterstützung des Herausgebers des Parteiorganes «Akahata», Oka Masayoshi.

Ueber 30 Prozent der ZK-Mitglieder sind Universitätsabsolventen, weitere 25 Prozent haben eine Universität oder Hochschule besucht; die meisten Mitglieder üben eine intellektuelle Tätigkeit aus. Nur ein Drittel sind Arbeiter. Diese Angaben widerspiegeln auch das Bild der partei-internen Struktur.

Zengakuren und Minseido

Die KPJ war nach dem Zweiten Weltkrieg relativ stark, hat dann Anfang der fünfziger Jahre einen Rückschlag erlitten — u. a. als Folge des Korea-Krieges wurden viele Kommunisten verhaftet — und scheint nun seit etwa 1968 wieder mehr Einfluss zu gewinnen. Aber auch in der Zeit, als sie in der Landespolitik nicht von Bedeutung war, hatte sie bemerkenswerten Erfolg bei Studentenorganisationen. Sie unterstützte vor allem die «Zengakuren», die wichtigste linksorientierte Studentenorganisation, die mit ihrer oft handgreiflichen Opposition gegen die Erneuerung des Sicherheitspaktes zwischen den USA und Japan verschiedentlich internationales Aufsehen erregte. 1958 wurden allerdings die Führer einiger Studentengruppen aus der KP ausgeschlossen, weil sie den Kampf mit Gewalt fortsetzen wollten, während die KP, wahrscheinlich im Fluss der Anti-Stalin-Kampagne, für einen gemässigten Kurs eintrat. Dafür begann die Partei ihr Interesse der «Minseido» zu schenken. Die Minseido ist eine Jugendorganisation, die schon 1951 gegründet wurde, aber erst 1959 Bedeutung bekam, als Folge der abweichenden Tendenzen der Zengakuren. 1960 beschloss das ZK der KPJ, die Minseido in Zukunft als Reservoir für neue Parteimitglieder zu betrachten.

Die heutigen Zustände innerhalb der Zengakuren scheinen chaotisch zu sein. Im Streit um den richtigen Weg zum Sozialismus sind im Verlauf der letzten Jahre zahlreiche Splittergruppen entstanden, deren einziges einigendes Band der Antiamerikanismus ist. Ihre Ideologie ist eine Mischung von Marxismus und Anarchismus. Die meisten Gruppen stehen in einer harten Opposition zur KP. Die heute aktivste Zengakuren-Splittergruppe ist die Rote Armee Fraktion (Sehigun-Ha), die etwa 400 aktive Mitglieder hat und durch ihre Terroraktionen (z. B. Flugzeugentführung nach Nordkorea im März/April 1970) bekannt wurde. Im Juni 1972 kam es im Anschluss an die Verlängerung des Sicherheitsabkommens mit den USA zu den grössten Demonstrationen seit 1960. Laut Polizeibericht sollen sich mehr als eine Million Studenten, Gewerkschaftsmitglieder, Sozialisten, Kommunisten und andere Oppositionelle daran beteiligt haben. Auch da waren die Zengakuren bzw. ihre militantesten Splittergruppen die Aktivsten.

Das Parteiprogramm der KPJ

Das Programm der KPJ ist innenpolitisch ganz auf den Sturz der liberal-demokratischen Regierung ausgerichtet.

● Die Partei fordert die Kommunisten auf, die entstandenen günstigen Bedingungen zu nutzen und grössere Anstrengungen zur Entwicklung

der Massenbewegung, die mit der parlamentarischen Tätigkeit koordiniert werden muss, zu unternehmen.

● Es ist eine einheitliche Front der progressiven Kräfte zu schaffen und deren aktiven gemeinsamen Kampf fortzusetzen. Der Wahlkampf ermöglichte es allen oppositionellen Parteien, Ziele und Zusammensetzung einer neuen Regierung, die die LDP-Regierung ablösen soll, sowie den Charakter der einheitlichen Front, die eng mit der neuen Regierung verbunden sein wird, zu erläutern.

Die Koalition soll mit der Sozialistischen Partei und der Komei-To (die beide antikommunistisch sind) gebildet werden, nicht aber mit der Partei der Sozialdemokraten, die das japanisch-amerikanische Bündnis unterstützt. Die KP hat auch schon einen Programmvorschlag für eine Koalition ausgearbeitet, der folgenden Inhalt hat: Aufhebung des Militärbündnisses mit den USA, Kampf gegen den 4. Fünfjahresplan zur Festigung der Verteidigung, vollständige Erfüllung der Bedingungen des Vietnam-Abkommens (was dieser Punkt in einem Programm japanischer Parteien zu tun hat, ist rätselhaft, für das Vorgehen kommunistischer Parteien aber typisch), Schaffung «normaler» Lebensbedingungen für das Volk und Schutz der Demokratie.

● Erringung noch grösserer Erfolge bei turnusmässigen gesamt-nationalen Wahlen, darunter auch bei «Zwischenwahlen», wie vorfristigen örtlichen Wahlen, die in diesem Jahr in einer Reihe von Gemeinden stattfinden.

Schon jetzt hat die KPJ 2600 Abgeordnete in Organen örtlicher Zuständigkeit, und wenn die Tendenz weiter in der nun eingeschlagenen Richtung verläuft, wird sie diesen Anteil steigern können. Man schätzt, dass ein Drittel der Bevölkerung Japans in Städten mit kommunistisch unterstützten Lokalregierungen wohnt.

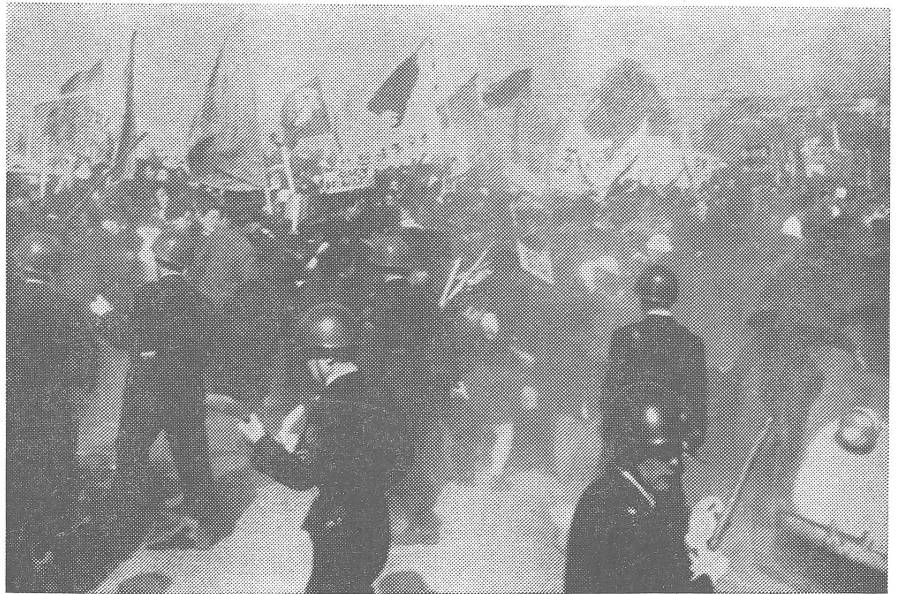
Dem Ziel, weitere Wahlen zu gewinnen, kommt die Wahlpraxis in Japan sehr entgegen, werden doch allgemein Wählervereinigungen zur Unterstützung der Partei oder des Kandidaten, für den sie stimmen, gebildet. Die sehr gut organisierte KP dürfte keine Schwierigkeiten haben, viele solche Vereinigungen zu bilden.

Mit einem Halbjahreseinkommen von 2,2 Millionen Yen in der ersten Hälfte 1972 ist die KPJ übrigens die finanziell am stärksten unterstützte Partei Japans.

Neutrale Aussenpolitik

Die grössten innerparteilichen Schwierigkeiten entstanden immer um deren aussenpolitische Orientierung. Wie in allen kommunistischen Parteien gab und gibt es auch in der KPJ immer Gruppen, die mit Moskau oder Peking sympathisieren. Die beiden kommunistischen Weltmächte versuchen ja bekanntlich über solche Gruppen Einfluss auf die kommunistischen Parteien in anderen Ländern zu gewinnen. Die moskaufreundlichen und vor allem die pekingfreundlichen Splittergruppen sind in Japan ziemlich stark. Dabei spricht die Lehre Mao Tse-tungs die Japaner, deren Mentalität derjenigen der Chinesen verwandt ist, natürlich besonders an. Das kommt auch in der neutralen Linie der offiziellen KP zum Ausdruck, ähnelt deren Politik doch mehr derjenigen Chinas als derjenigen der Sowjetunion.

Den von den kommunistischen Weltmächten unabhängigen Kurs verfolgt die KPJ unter der



Der 1. Mai 1952 in Japan brachte die ersten grossen Massendemonstrationen von Kommunisten und Linksozialisten gegen die Regierung Yoshida und gegen die Amerikaner. Mit dem «blutigen Maifeiertag» bricht die Epoche neulinker Gewaltanwendungen an.

Führung ihres Generalsekretärs, Miyamoto Kenji, seit rund 10 Jahren. Als Vorbild dient ihr Italien.

Als die Sowjets je länger je mehr «Antipartei»-Gruppen in Japan unterstützten, brach die KPJ 1964 mit der KPdSU. 1968 nahm dann die KPJ offiziell Stellung gegen die Invasion in der CSSR. Unterdessen sind die Beziehungen unter der Bedingung sowjetischer Nichteinmischung in die Angelegenheiten der KPJ «normalisiert» worden. Gut sind sie allerdings nach wie vor nicht, da sich die Sowjets der Einmischung nicht ganz enthalten können, andererseits die japanischen Kommunisten ihre Genossen in Moskau mit der Forderung nach Rückgabe der gesamten Kurilen — nicht nur der Hälfte, wie sie die japanische Regierung beansprucht — verärgern.

Mit Mao Tse-tung brachen die japanischen Kommunisten 1966 — zu Beginn der Kulturrevolution —, weil sie gegen eine Einheitsaktion zur Unterstützung kriegführender vietnamesischer Kommunisten war. Seither sind die Beziehungen gespannt, da China sich in Parteianglegenheiten einmischt und maoistische Splittergruppen unterstützt. So sprach die chinesische «Freundschafts»-Delegation, die im April und Mai dieses Jahres unter Liao Tscheng-Tschih Japan besuchte, mit Vertretern aller japanischen Parteien, ausser mit jenen der KPJ!

Um dem Volk ihre finanzielle und politische Unabhängigkeit glaubhaft zu machen, richtet die KPJ gegenwärtig eine sehr rege Propagandatätigkeit gegen Moskau und gegen Peking — gegen den maoistischen Antirevisionismus und gegen die sowjetische Breschnjew-Doktrin. Aber sowohl Peking als auch Moskau können es sich leisten abzuwarten, wie sich die kommunistische Bewegung in Japan in nächster Zeit entwickeln wird.

Für die KPJ hat sich die Taktik eines eigenen nationalen Separatismus bezahlt gemacht. Das Volk ist so eher gewillt, kommunistisch zu wählen, vor allem auch, weil in der KPJ Fragen über die gegenwärtige Lage in Japan mindestens so

wichtig genommen werden wie ideologische Diskussionen über den Marxismus-Leninismus.

Die politische und soziale Lage Japans

Starkes Wirtschaftswachstum mit einer jährlichen Wachstumsrate von 8–10 Prozent, rasche Inflation, Umweltverschmutzung, überlastete Verkehrswege, grosses Wohnungsproblem und andere bekannte soziale Probleme charakterisieren die Lage im heutigen Japan. Mit dem zunehmenden Wohlstand kommt auch die — psychologisch interessante — zunehmende Unzufriedenheit in der Bevölkerung und damit die Suche nach etwas Neuem, nach einer Alternative. In der Politik kommt es in der Folge immer mehr zur Forderung nach einer Regierungsablösung. Wie wir gesehen haben, bietet die KP, rein vom Parteiprogramm aus, scheinbar die einzige Alternative zur Regierungspartei. So ist es nicht verwunderlich, dass die KPJ in der heutigen Situation einen Aufschwung erlebt.

Die Lage sieht für die LDP im Moment nicht gut aus. Die Regierung brachte dieses Frühjahr im Parlament eine Gesetzesvorlage für eine Wahlrechtsreform ein, die ihr bei den Wahlen im kommenden Jahr angeblich 80 Prozent der Sitze im Abgeordnetenhaus mit einem Stimmenanteil von 40 Prozent sichern sollte. Im Mai schlossen sich nun die Sozialisten, die einer Koalition mit den Kommunisten immer mit Zweifel und Misstrauen gegenüber standen, den vereinten oppositionellen Kräften im Kampf gegen die Gesetzesvorlage an. Die vereinte Opposition boykottierte das Parlament und organisierte Massenproteste, bis sich die Regierung Tanaka gezwungen sah, die Gesetzesvorlage zurückzuziehen. Am 28./29. Mai mussten dann zwei Kabinettsmitglieder (der Sprecher des japanischen Unterhauses, Nakamura, und der Generaldirektor der Verteidigungsbehörde, Masuhara) unter dem Druck der Opposition zurücktreten. Diese Entwicklungen kosteten der Libe-

(Fortsetzung auf Seite 6)

Der Weltkommunismus und die Geheimdienste

Von Dr. Gert Buchheit *

Ihre eigentliche Ausprägung hat die ideologische Auseinandersetzung erst in unserem Jahrhundert gefunden. Der Faschismus in Italien und der Nationalsozialismus in Deutschland können im wesentlichen als überwunden gelten. Beide haben deutlich Faszination und Verhängnis der Ideologie erkennen lassen. Der Kommunismus dagegen hat nach dem Sieg der Sowjetunion, den sie zum grossen Teil der amerikanischen Fehleinschätzung der Weltlage verdankt, weit über seine revolutionären Ursprünge hinaus fast überall auf dem Erdenrund — hier mehr, dort weniger — Boden gefasst. Die hauptsächlich von Moskau aus verbreitete kommunistische Ideologie übt jedenfalls in ständig wachsendem Ausmass ihren unheilvollen Einfluss auf Leben und Denken der von ihr erfassten Völker aus, und damit auch auf die Methoden der Geheimdienste in der Sowjetunion und den ihr hörigen Ostblockstaaten.

Die Folge ist, dass in diesen Bereichen die Grenzen zwischen Moral und Verbrechen, zwischen Humanität und abgründiger Infamie schon längst verwischt sind. Die Untaten der sowjetischen Geheimdienste aufzuzählen würde ein ganzes Buch mit vielen Hunderten von Seiten füllen. Die ehemalige Kommunistin Hede Massing, vorübergehend mit dem ostzonalen Kommunisten Eisler verheiratet, hat in ihrem Buch «Die grosse Täuschung» einen objektiven und nicht zu übersehenden Beitrag zur Geschichte

* Der Autor ist ein Mann vom Fach, hat unter Admiral Canaris in der deutschen Abwehr gearbeitet und u. a. 1971 in Darmstadt das Buch «Staatskunde — Geschichte und Lehre» veröffentlicht.

Japan sucht nach einer politischen Alternative

(Fortsetzung von Seite 5)

ral-Demokratischen Partei und Ministerpräsident Tanaka erhebliche Sympathien beim Volk. Derzeit hat die Regierung laut Meinungsumfragen nur noch die Sympathien von 15—20 Prozent der Bevölkerung. Sollte die Oppositionskoalition bestehen bleiben, wie es die Kommunisten wünschen, könnte sie die Regierung auch in Zukunft zu Konzessionen oder sogar zu Neuwahlen zwingen. Aber gerade an einer dauerhaften Koalition der Oppositionsparteien ist zu zweifeln. Es ist zwar sehr gut möglich, dass letztere weiter zusammen arbeiten, um die Regierung, die nach wie vor am Militärbündnis mit den USA festhält, zu stürzen. Ob die — traditionell antikommunistischen — Sozialisten allerdings gewillt sind, mit der KPJ so weit zusammenzugehen, dass sogar eine stabile linksgerichtete Koalitionsregierung gebildet werden könnte — denn das wäre ja die wahre Alternative — scheint mehr als fraglich zu sein. ■

der entsetzlichen Auswirkungen der marxistisch-leninistisch-stalinistischen Lehre — allein was die Praktiken der sowjetischen Geheimdienstorganisationen betrifft — geliefert.

Wenn also schon die Abwehr östlicher Spionage und östlicher Geheimaktionen zu unseren unumgänglichen Aufgaben gehören, dann kann man die Bekämpfung der einem Staat im Innern drohenden Gefahren von seiten linksradikaler Elemente nicht ausklammern. Auch hier heisst es: «Wehret den Anfängen!», und je entschiedener dies geschieht, desto leichter gestalten sich auf die Dauer die Aufgaben der Staatssicherheitsdienste (Bundeskriminalamt, Bundesamt für Verfassungsschutz — Federal Bureau of Investigation (FBI), Surveillance du Territoire (ST) usw.). Ob und inwieweit diese Organe genügen oder ob sie wesentlich verstärkt und in ihrer Aktivität intensiviert werden müssen, unterliegt der Beurteilung der Regierungen und Parlamente. Von Erwägungen solcher Art kann sich kein Staatsmann der freien Welt allein deshalb entbinden, weil wir zurzeit in einer Phase der Spannungsversuche leben und gewisse Parteipolitiker der Ansicht sind, Rücksicht auf Moskau nehmen zu müssen.

Erkennt man nämlich die Notwendigkeit, sich in Defensive und Offensive mit der kommunistischen Ideologie und ihren Praktiken auseinanderzusetzen zu müssen, dann wird man nicht darum herum kommen, die bestehende Struktur der Nachrichten- und Sicherheitsdienste in mancher Hinsicht neu zu durchdenken und unvoreingenommen zu prüfen, ob die bisherigen Mittel und Methoden der Abwehr kommunistischer Infiltration und Aufweichung einerseits und der kommunistischen Agententätigkeit andererseits gerade jetzt, wo die Entspannungspolitik der Bonner Regierung dem Osten zusätzliche und unerwartete Möglichkeiten zur Entfaltung von Spionage und Subversion bietet, der Situation entsprechend reformiert werden müssen. So sollte u. a. der Nachrichtendienst dem die Schutzfunktion ausübenden Sicherheitsdienst alle bei ihm oft zufällig und nebenbei anfallenden Informationen weitergeben, aus denen die Aktivität staatsfeindlicher kommunistischer Kräfte hervorgeht. Jeder gut funktionierende Nachrichtendienst sollte darüber hinaus seine Informationsbemühungen auch auf kommende Eventualitäten ausrichten. Denn nur selten ist dem Staatsmann ein Denken eigen, das man präventiv nennen könnte. Bismarck besass dieses Vorausdenken in hohem Masse. Er bewies diese sehr seltene Eigenschaft in Nikolsburg 1866 nach dem Sieg bei Königgrätz, während der Friedensverhandlungen in Frankfurt 1871, auf dem Berliner Kongress und mit dem Rückversicherungsvertrag mit Russland. Dagegen haben Roosevelt und Eisenhower, was die Vorausbeurteilung der geradezu unvorstellbaren Machtausdehnung der Sowjets betraf, versagt.

Gewiss — auch ein Nachrichtendienstchef ist

kein Mann aus der Retorte. Er ist ein Mensch von Fleisch und Blut und oft sogar voller Widersprüche. Aber gerade deshalb sollte sich der Staatschef darum bemühen, von seinem Chef des ND auch Einwände zu der von ihm beabsichtigten Politik entgegenzunehmen, statt Bestätigungen den Vorzug zu geben, die letzten Endes nur zu einem fragwürdigen Beifall führen.

*

Bismarck hat einmal bemerkt, Politik sei die Kunst, mit Pferdefüssen umzugehen. Zu eben diesen Pferdefüssen gehören heute vor allem die ideologischen Imponderabilien, mit denen sich leider kein Staatsmann gern befasst.

Welche Institution innerhalb eines Staatsapparates sollte sich nun aber mit dem «Pferdefuss» Ideologie befassen oder vielleicht sogar eigens für eine derartige Aufgabe geschaffen werden?

Ein Geheimdienst, wie immer er auch organisiert werden mag, kommt für den Sektor «ideologische Auseinandersetzung» nicht in Frage. Denn ein Instrument, das wie der geheime Nachrichtendienst oder der Sicherheitsdienst mit möglicher Präzision im Bereich des Faktischen, Gegenständlichen, Mess-, Zähl- und Wägbaren Feststellungen tatsächlicher Art treffen soll, kann man nicht auf das Gebiet der ideologischen Auseinandersetzung treiben. Es dürfte auch gegen jede Wahrscheinlichkeit sein, dass ausgerechnet ein Geheimdienstchef Kenntnisse und Eigenschaften besitzen könnte, die ihn für die Wahrnehmung der eigenen Staatsinteressen gegenüber ideologischen Interpretationen oder gar Angriffen solcher Art geeignet erscheinen lassen. Man kann auch wohl kaum Spionage-Abwehr und die Abwehr von Angriffen, die aus ideologischen Motiven heraus geführt werden, als zwei Aspekte einer und derselben Sache betrachten.

Der Beitrag, den der Nachrichtendienst auf diesem Gebiet der Auseinandersetzung leisten kann, besteht darin:

1. Den Einfluss ideologischer Doktrinen auf das politische Verhalten des Gegners im Auge zu behalten und darüber laufend zu berichten.
2. Die Regierung rechtzeitig darüber zu informieren, welche Länder als nächste Opfer kommunistischer Angriffe ausersahen sind.
3. Soweit möglich, in das Getriebe des gegnerischen Zersetzungsapparates einzudringen, um der Regierung eine Analyse der von der Gegenseite angewandten Mittel sowie Angaben über die Personen liefern zu können, die eventuell als künftige Regierungsinhaber vorgesehen sind, auf Abruf bereit stehen oder in Betracht kommen können.
4. Auf Wunsch der Regierung gefährdete Länder über Art und Umfang des erwarteten subversiven Umsturzversuches aufzuklären und auf diesem Wege auch die internen Sicherheitsdienste des bedrohten Landes rechtzeitig zu informieren.

Mehr kann ein geheimer Nachrichtendienst nicht tun. Ebenso ungeeignet für eine ideologische Aufklärung erscheint ein Presse- oder Informationsamt. Hier müsste man schon ein eigenes «Gremium» schaffen, das völlig unabhängig von der jeweiligen Regierung sich mit dem Kommunismus befasst, mit anderen Worten: ein Gremium freier Fachleute (Historiker, Soziologen,

(Fortsetzung auf Seite 7)